

**Sorgen um den
Lebensstandard und die
eigene finanzielle Situation**

Ergebnisse einer
repräsentativen
Bevölkerungsbefragung in
Niedersachsen

17. März 2021
f21.0041/39856 De, Fe

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0
E-Mail: info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1. Sorgen um den Erhalt des Lebensstandards im Alter	4
2. Sorgen über verschiedene Dinge und Entwicklungen im Leben	6
3. Wirkungsvolle Unterstützung bei verschlechterter finanzieller Situation	9
4. Bewertung der Anstrengungen der Politik für soziale Teilhabe von Menschen mit geringen Einkommen	11
5. Einführung einer Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten durch Corona	13

Vorbemerkung

Im Auftrag des Landesverbands Niedersachsen des Sozialverbands Deutschland (SoVD) e.V. hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH erneut eine repräsentative Befragung von 1.003 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in Niedersachsen zu Sorgen um ihren Lebensstandard und die eigene finanzielle Situation durchgeführt.

Die Befragung knüpft an die Erhebung aus dem Vorjahr an, sodass Zeitvergleiche möglich sind. Ergänzt wurde die Befragung um eine Einschätzung der Bürger Niedersachsens im Hinblick auf die Einführung einer Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten infolge der Corona-Krise.

Die Befragung erfolgte vom 8. Februar bis 15. März 2021. Die Interviews wurden anhand von computergestützten Telefoninterviews (CATI) im Rahmen von omni-Tel®, der werktäglichen bevölkerungsrepräsentativen forsa-Mehrthemenumfrage, bei der pro Woche 2.500 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu verschiedenen Themen befragt werden, durchgeführt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren in Niedersachsen übertragen werden.

1. Sorgen um den Erhalt des Lebensstandards im Alter

Ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen (20 %) – und damit etwa genauso viele wie im Vorjahr bzw. im Bundesdurchschnitt – macht sich derzeit (sehr) große Sorgen darüber, ob sie im Alter ihren momentanen Lebensstandard noch halten können.

39 Prozent machen sich deswegen weniger große Sorgen, 41 Prozent gar keine Sorgen.

Überdurchschnittlich häufig sind die unter 30-Jährigen und Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro besorgt, wenn es darum geht, den aktuellen Lebensstandard im Alter zu halten. Von den Anhängern der Linkspartei ist rund ein Viertel sehr besorgt.

Dass sie sich derzeit gar keine Sorgen machen, ob sie im Alter ihren momentanen Lebensstandard noch halten können, geben mehrheitlich die über 60-Jährigen sowie die Anhänger der FDP an.

▪ Sorgen um den Erhalt des Lebensstandards im Alter

Es machen sich derzeit Sorgen, ob sie im Alter ihren momentanen Lebensstandard noch halten können

		sehr große %	große %	weniger große %	gar keine *) %
insgesamt: 2020	Deutschland	9	21	36	34
	Niedersachsen	6	17	40	37
2021	Deutschland	7	17	37	38
	Niedersachsen	6	14	39	41
Männer		6	11	41	41
Frauen		6	16	36	41
18- bis 29-Jährige		9	19	40	31
30- bis 44-Jährige		6	15	39	40
45- bis 59-Jährige		8	14	45	32
60 Jahre und älter		3	10	33	54
Hauptschule		9	17	35	39
mittlerer Abschluss		6	14	42	38
Abitur, Studium		6	13	39	42
Haushaltsnettoeinkommen:					
- unter € 1.500		9	20	36	35
- € 1.500 bis unter € 3.000		10	14	38	37
- € 3.000 und mehr		3	13	41	42
Anhänger der:	CDU	3	16	37	43
	SPD	4	13	44	39
	FDP	0	9	37	54
	Linke	27	14	26	33
	Grünen	4	16	42	38
	AfD	14	5	43	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Sorgen über verschiedene Dinge und Entwicklungen im Leben

Vergleichsweise am häufigsten machen sich die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen derzeit Sorgen darüber, dass sie schwer oder dauerhaft erkranken könnten (42 %), dass sie selbst pflegebedürftig werden (36 %) oder dass sie einen nahen Angehörigen pflegen müssen (33 %).

25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen sorgen sich, dass sie ihren Partner bzw. Ehepartner durch Trennung oder Tod verlieren.

15 Prozent besorgt der Gedanke, dass sie ihren Beruf aufgrund von Krankheit oder körperlichen Einschränkungen nicht mehr ausüben können. Dass sie ihr Haus bzw. ihre Wohnung aufgeben und umziehen müssen, bereitet 14 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens Sorgen. Jeweils 11 Prozent machen sich Sorgen, dass sich ihre finanzielle Situation stark verschlechtert – beispielsweise durch Verluste aus Aktiengeschäften oder Börsenspekulationen – bzw. dass sie Schulden oder Kreditverpflichtungen finanziell überfordern.

Ein möglicher Arbeitsplatzverlust macht 8 Prozent der Befragten Sorgen. Nur wenige (2 %) besorgt der Gedanke, dass sie das Aufziehen ihrer Kinder überfordern könnte.

Im Vergleich zu der Befragung im Vorjahr ist der Anteil derjenigen, die bezüglich einer möglichen eigenen Pflegebedürftigkeit besorgt sind, etwas gesunken.

Frauen und über 45-Jährige machen sich derzeit häufiger als Männer und jüngere Befragte unter 45 Jahren Sorgen, dass sie schwer oder dauerhaft erkranken könnten bzw. dass sie sie selbst pflegebedürftig werden.

Befragte in den mittleren Altersgruppen machen sich häufiger als die unter 30- oder über 60-Jährigen Sorgen, dass sie einen nahen Angehörigen pflegen müssen.

Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt der Anteil derjenigen, die besorgt sind, ihren Partner oder Ehepartner durch Trennung oder Tod zu verlieren.

▪ Sorgen über verschiedene Dinge und Entwicklungen im Leben (I)

Es machen sich derzeit Sorgen darüber, dass ...	insgesamt: *)		Männer	Frauen	18- bis 29-	30- bis 44-	45- bis 59-	60 Jahre
	2020	2021	%	%	Jährige	Jährige	Jährige	und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%
...sie schwer oder dauerhaft erkranken könnten	45	42	39	45	35	34	45	49
...sie selbst pflegebedürftig werden	44	36	33	38	23	25	41	45
...sie einen nahen Angehörigen pflegen müssen	30	33	33	32	28	40	37	26
...sie ihren Partner bzw. Ehepartner durch Trennung oder Tod verlieren	27	25	23	27	10	22	26	35
...sie ihren Beruf aufgrund von Krankheit oder körperlichen Einschränkungen nicht mehr ausüben können	17	15	15	14	14	16	26	3
...sie ihr Haus bzw. Wohnung aufgeben und umziehen müssen	16	14	13	15	10	15	17	13
...sich ihre finanzielle Situation stark verschlechtert, bspw. durch Verluste aus Aktien- geschäften bzw. Börsenspe- kulationen	12	11	11	12	16	11	13	8
...sie Schulden oder Kreditverpflich- tungen finanziell überfordern	13	11	9	12	13	13	13	5
...sie ihren Arbeitsplatz verlieren	8	8	8	8	7	12	11	2
...sie das Aufziehen der Kinder finanziell überfordern könnte	6	2	2	2	0	5	3	0
- nichts davon	22	26	29	24	35	27	22	24

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von höchstens 3.000 Euro machen sich häufiger als diejenigen mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen Sorgen darüber, dass sie schwer oder dauerhaft erkranken könnten oder dass sie selbst pflegebedürftig werden.

Auch besorgt diese Befragte häufiger der Gedanke, dass sie ihr Haus oder ihre Wohnung aufgeben und umziehen müssen.

▪ Sorgen über verschiedene Dinge und Entwicklungen im Leben (II)

Es machen sich derzeit Sorgen darüber, dass ...	ins- gesamt	*) Haupt- schule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	Haushaltsnettoeinkommen:		
	%	%	%	%	unter € 1.500	€ 1.500 bis unter € 3.000	€ 3.000 und mehr
...sie schwer oder dauerhaft erkranken könnten	42	47	46	40	47	48	41
...sie selbst pflegebedürftig werden	36	48	42	31	43	39	33
...sie einen nahen Angehörigen pflegen müssen	33	27	34	34	27	34	34
...sie ihren Partner bzw. Ehepartner durch Trennung oder Tod verlieren	25	17	32	24	21	27	28
...sie ihren Beruf aufgrund von Krankheit oder körperlichen Einschränkungen nicht mehr ausüben können	15	9	20	13	13	20	13
...sie ihr Haus bzw. Wohnung aufgeben und umziehen müssen	14	16	18	12	23	21	9
...sich ihre finanzielle Situation stark verschlechtert, bspw. durch Verluste aus Aktien- geschäften bzw. Börsenspe- kulationen	11	19	13	8	19	13	9
...sie Schulden oder Kreditverpflich- tungen finanziell überfordern	11	14	12	9	19	13	9
...sie ihren Arbeitsplatz verlieren	8	8	12	6	6	16	6
...sie das Aufziehen der Kinder finanziell überfordern könnte	2	0	5	1	1	4	2
- nichts davon	26	19	23	28	21	23	26

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

3. Wirkungsvolle Unterstützung bei verschlechterter finanzieller Situation

Eine große Mehrheit der Befragten in Niedersachsen (81 %) gibt an, dass sie ihre Familie oder ihr Partner bzw. Partnerin wirkungsvoll unterstützen könnte, wenn sich ihre eigene finanzielle Situation einmal sehr verschlechtert hat und sie fremde Hilfe benötigen.

52 Prozent glauben, dass die staatlichen sozialen Sicherungssysteme sie wirkungsvoll unterstützen könnten. 36 Prozent meinen dies von ihrem Freundeskreis, 32 Prozent von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden – wie z. B. die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas oder der Sozialverband Deutschland – und 31 Prozent von der Tafel.

Von der Schuldnerberatung erwarten 21 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens im Falle einer deutlichen Verschlechterung ihrer finanziellen Situation wirkungsvolle Unterstützung.

Gegenüber der Befragung im Jahr 2020 ist der Anteil derjenigen, die von den staatlichen sozialen Sicherungssystemen wirkungsvolle Unterstützung erwarten, wenn sich ihre eigene finanzielle Situation sehr verschlechtert hat und sie fremde Hilfe benötigen, etwas gestiegen.

Bei allen Akteuren und Institutionen geben die jüngeren Befragten häufiger, die über 60-Jährigen hingegen seltener als der Durchschnitt an, dass sie in einem solchen Fall wirkungsvolle Unterstützung von ihnen erwarten.

▪ Wirkungsvolle Unterstützung bei verschlechterter finanzieller Situation (I)

Bei verschlechterter finanzieller Situation könnten wirkungsvoll unterstützen:	insgesamt: *)		Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	2020	2021						
	%	%	%	%	%	%	%	%
- die Familie bzw. Partner/in	78	81	80	81	86	92	75	74
- die staatlichen sozialen Sicherungssysteme	46	52	48	55	61	60	49	43
- der Freundeskreis	32	36	38	33	52	38	34	26
- die Sozial- und Wohlfahrtsverbände (z.B. die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas oder der Sozialverband Deutschland)	29	32	27	36	38	35	30	27
- die Tafel	31	31	27	34	42	28	34	22
- die Schuldnerberatung	21	24	23	26	29	28	29	15

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Mit höherem Haushaltsnettoeinkommen steigt der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, dass ihre Familie oder ihr Partner bzw. ihre Partnerin sie wirkungsvoll unterstützen könnten, wenn sie aufgrund einer verschlechterten finanziellen Situation fremde Hilfe benötigen würden.

Von ihrem Freundeskreis erwarten dies vergleichsweise am häufigsten die Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro.

▪ Wirkungsvolle Unterstützung bei verschlechterter finanzieller Situation (II)

Bei verschlechterter finanzieller Situation könnten wirkungsvoll unterstützen:	Haushaltsnettoeinkommen:						
	insgesamt %)	*) Haupt- schule %)	mittlerer Abschluss %)	Abitur, Studium %)	unter € 1.500 %)	€ 1.500 bis unter € 3.000 %)	€ 3.000 und mehr %)
- die Familie bzw. Partner/in	81	67	81	83	68	78	85
- die staatlichen sozialen Sicherungssysteme	52	47	50	54	50	53	54
- der Freundeskreis	36	29	33	37	41	30	35
- die Sozial- und Wohlfahrtsverbände (z.B. die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas oder der Sozialverband Deutschland)	32	25	32	32	29	40	30
- die Tafel	31	23	31	33	34	31	30
- die Schuldnerberatung	24	24	26	24	26	26	25

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

4. Bewertung der Anstrengungen der Politik für soziale Teilhabe von Menschen mit geringen Einkommen

Wie auch im Bundesdurchschnitt ist eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen (35 %) der Ansicht, dass die Politik alles in allem genug unternimmt, damit auch Menschen mit geringem Einkommen in Deutschland ausreichend Möglichkeiten haben, am sozialen Leben teilzunehmen. Dabei zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr kaum Unterschiede.

Eine Mehrheit von 59 Prozent – vor allem die Anhänger der Linkspartei und der AfD – meint hingegen, dass die Politik in diesem Zusammenhang noch mehr tun könnte.

Von den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro meint nur ein Viertel, dass die Politik genug unternimmt, damit auch Menschen mit geringem Einkommen in Deutschland ausreichend Möglichkeiten haben, am sozialen Leben teilzunehmen.

- Bewertung der Anstrengungen der Politik für soziale Teilhabe von Menschen mit geringen Einkommen

Die Politik unternimmt bereits alles in allem genug, damit auch Menschen mit geringem Einkommen in Deutschland ausreichend Möglichkeiten haben, am sozialen Leben teilzuhaben.

	ja	nein, *)
	Politik könnte	noch mehr tun
	%	%
insgesamt: 2020 Deutschland	35	59
Niedersachsen	34	61
2021 Deutschland	35	57
Niedersachsen	35	59
Männer	35	59
Frauen	35	59
18- bis 29-Jährige	37	58
30- bis 44-Jährige	40	56
45- bis 59-Jährige	31	63
60 Jahre und älter	35	58
Hauptschule	27	66
mittlerer Abschluss	33	61
Abitur, Studium	38	57
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.500	25	70
- € 1.500 bis unter € 3.000	37	57
- € 3.000 und mehr	35	61
Anhänger der: CDU	47	48
SPD	33	62
FDP	39	54
Linke	16	78
Grünen	32	65
AfD	11	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

5. Einführung einer Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten durch Corona

Um die Kosten zu begleichen, die durch die Bewältigung der Corona-Krise entstanden sind, gibt es unter anderem den Vorschlag, eine Vermögenssteuer einzuführen, also eine Steuer auf das Gesamtvermögen einer Person.

Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens würde eine solche Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten infolge der Corona-Pandemie grundsätzlich befürworten.

Von 39 Prozent wird dies abgelehnt.

Damit unterscheidet sich der Anteil der Befürworter bzw. Ablehner einer Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten infolge der Corona-Krise kaum vom Bundesdurchschnitt.

Vor allem die Anhänger der SPD, der Linkspartei und der Grünen befürworten die Einführung einer Vermögenssteuer, um die Kosten zu begleichen, die durch die Bewältigung der Corona-Pandemie entstanden sind. Die Anhänger der FDP und der AfD lehnen dies in großer Mehrheit ab.

Von den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro lehnt etwa die Hälfte eine Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten infolge der Corona-Krise ab.

▪ Meinungen zu einer Einführung einer Vermögenssteuer zur Deckung der Corona-Kosten

Es würden eine Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten
infolge der Corona-Krise grundsätzlich

	voll und ganz befürworten %	eher be- fürworten %	eher ab- lehnen %	voll und ganz *) ablehnen %
insgesamt: Deutschland	21	30	20	21
Niedersachsen	20	33	19	20
Männer	23	28	17	24
Frauen	17	37	21	18
18- bis 29-Jährige	16	37	24	20
30- bis 44-Jährige	17	33	22	20
45- bis 59-Jährige	22	31	17	22
60 Jahre und älter	24	33	17	19
Hauptschule	32	18	15	25
mittlerer Abschluss	19	31	24	19
Abitur, Studium	20	36	18	21
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.500	18	28	23	25
- € 1.500 bis unter € 3.000	22	28	21	19
- € 3.000 und mehr	21	36	19	19
Anhänger der:				
CDU/CSU	15	38	21	20
SPD	23	39	18	16
FDP	9	24	21	44
Linke	46	28	4	16
Grünen	29	39	15	10
AfD	15	19	25	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „kommt auf die konkrete Ausgestaltung/Umsetzung an“
bzw. „weiß nicht“